

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 26. Mai 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	26	Kastner, Susanne (SPD)	12, 13
Dr. Diederich, Nils (Berlin) (SPD)	32, 33	Klemmer, Siegrun (SPD)	29, 30
Dr. Eckardt, Peter (SPD)	8, 9	Kubatschka, Horst (SPD)	3, 4
Erler, Gernot (SPD)	10, 11	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	24, 25
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 5		Lörcher, Christa (SPD)	1, 2
Fuchs, Anke (Köln) (SPD)	7	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	18, 19
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	20, 21	Mariensfeld, Claire (CDU/CSU)	6, 31
Hilsberg, Stephan (SPD)	22, 23	Titze-Stecher, Uta (SPD)	35
Dr. Hitschler, Walter (F.D.P.)	14, 15	Würfel, Uta (F.D.P.)	16, 17
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	27, 28	Zierer, Benno (CDU/CSU)	34
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	36		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie
und Senioren**

1. Abgeordnete
**Christa
Lörcher**
(SPD) Wie viele Ausbildungsplätze für qualifizierte Pflegekräfte gibt es derzeit in den einzelnen Bundesländern/in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, und gibt es genügend Interessierte für diese Ausbildungsplätze?

2. Abgeordnete
**Christa
Lörcher**
(SPD) Mit welchem zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften rechnet die Bundesregierung in den Jahren 1995 und 1996 nach Einführung der Pflegeversicherung im ambulanten und stationären Bereich, und welche Kapazitätserweiterung bei den Ausbildungseinrichtungen ist dafür nötig?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen zum Thema der deutschen EU-Präsidentschaft zu machen, und teilt sie die Bedenken, daß dieser Vorstoß dazu dient, den Donauausbau nach den Plänen der Rhein-Main-Donau AG zu forcieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

4. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtungen, daß das Kernkraftwerk Gundremmingen zum Mischoxid-Brennelement (MOX)-Zentrum für Deutschland oder ganz Europa werden soll, und hält die Bundesregierung den Einsatz von MOX in Siedewasser-Reaktoren für sicherheitstechnisch unbedenklich?

5. Abgeordneter
Dr. Klaus-Dieter Feige
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung das Auffinden gelber Wertmüllsäcke des DSD aus dem Landkreis Northeim und aus anderen deutschen Städten auf einer Hausmülldeponie in der Nähe der lettischen Hauptstadt Riga, und welche Untersuchungen wurden bzw. werden eingeleitet, um die Vorgänge zu klären?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

6. Abgeordnete
Claire Marienfeld
(CDU/CSU)
- Wie ist die Verteilung der Fördermittel für Forschung und Technologie nach Großindustrie, industriellem Mittelstand und kleineren mittelständischen Unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordnete
Anke Fuchs (Köln)
(SPD)
- Wird der vom Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Peter Wichert, gemachte Vorschlag einer organisatorischen Zusammenfassung der IT-Bedarfsdeckungsaufgaben des Bundesamtes für Wehrverwaltung und des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung zukünftig in einer Abteilung des BWB in Koblenz umgesetzt, und wenn ja, welche personellen Konsequenzen ergeben sich hierbei für die Abteilungen PV und TE des Bundesamtes für Wehrverwaltung im einzelnen?
8. Abgeordneter
Dr. Peter Eckardt
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Panzeraufklärungsbataillon 1 in Braunschweig regelmäßig die rechtskonservative Ludwig-Frank-Stiftung zu sog. Symposien in das Offiziersheim der Husarenkaserne einlädt, letztmalig am 21. April 1994, und dort an wehrpflichtige Soldaten die rechtsextreme Zeitschrift „Europa-Brücke“ verteilen läßt, und wie bewertet die Bundesregierung diese Vorgänge unter dem § 15 Abs. 3 und 4 des „Gesetzes über die Rechtsstellung der Soldaten“?

9. Abgeordneter
Dr. Peter Eckardt
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Befehl des Bataillonskommandeurs des 1. Panzeraufklärungsataillons in Braunschweig, wehrpflichtige Soldaten in Uniform (kleiner Dienstanzug, Grundform) zu einer Veranstaltung der Ludwig-Frank-Stiftung abzukommandieren, obwohl es bei der Veranstaltung am 21. April 1994 kein offizielles politisches Diskussionsthema gab, sondern der Vorsitzende der Ludwig-Frank-Stiftung, ein Herr Dr. W., lediglich über Schuld und Unschuld der Deutschen im 2. Weltkrieg fabulierte?
10. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie viele atomgetriebene U-Boote muß die Russische Föderation nach dem START II-Vertrag abbauen, und wie viele davon sind nach Informationen der Bundesregierung schon außer Betrieb gesetzt?
11. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Über welche Kapazitäten zur Demontage atomgetriebener U-Boote verfügt die Russische Föderation, und in welcher Weise werden die Bundesrepublik Deutschland und andere westliche Staaten zur ordnungsgemäßen Beseitigung der russischen Atom-U-Boote beitragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

12. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen in der Europäischen Kommission, den Vorsorgegrenzwert der EG-Trinkwasserrichtlinie von 0,1 Mikrogramm pro Liter für einzelne Pestizide durch höhere sogenannte Triggerwerte in Anlehnung an Grenzwerte der WHO für Notfallgebiete zu ersetzen, und wie wird die Bundesregierung noch vor der Wahl des Europaparlaments zur Beibehaltung des Vorsorgegrenzwertes für Pestizide im Trinkwasser eindeutig mit allen Ressorts abgestimmt Stellung nehmen?
13. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen der Europäischen Kommission, die Festsetzung von Grenzwerten für einzelne Pestizide einem nicht demokratisch legitimierten Gremium oder Ausschuß zu überlassen, und wäre dies rechtlich zulässig, wenn davon auszugehen ist, daß die Grenzwertfestsetzung immer eine zwar auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende, aber politische Entscheidung ist, die das Vorsorgeprinzip im Gesundheits- und Umweltschutz zu berücksichtigen hat?

14. Abgeordneter
**Dr. Walter
Hitschler**
(F.D.P.)
- Wie hoch ist die Summe, die den Ortskrankenkassen aus dem Risikostrukturausgleich zufließt?
15. Abgeordneter
**Dr. Walter
Hitschler**
(F.D.P.)
- Trifft die Behauptung zu, daß die jüngsten Beitragssatzsenkungen bei den Ortskrankenkassen ausschließlich auf diese Transferleistungen zurückzuführen sind?
16. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den zu erwartenden Anstieg der Anwendung von Antibiotika, Hormonen und anderen chemischen Arzneimitteln in ökologisch wirtschaftenden Landbetrieben unter dem Gesichtspunkt der Aufklärung des Verbrauchers und des konkreten Verbraucherschutzes?
17. Abgeordnete
**Uta
Würfel**
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der Einschränkung der Anwendungsmöglichkeiten von Homöopathischen Arzneimitteln bei lebensmittelliefernden Tieren auf die Versorgung der Verbraucher mit ökologisch produzierten Lebensmitteln tierischer Herkunft, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Allergieproblematik, speziell bei Kindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

18. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den letzten Jahren die Beschwerden über falsche, weil überhöhte Telefonabrechnungen erheblich zugenommen haben?
19. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat der einzelne Telefonbenutzer, um sich gegen Falschabrechnungen zu schützen und eine objektive Kontrolle der Gebühren jedenfalls in den Fällen zu erlangen, in denen die Rechnung deutlich aus dem üblichen Rahmen fällt?

20. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Abhöranlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR – aufgliedert nach Ländern bzw. früheren DDR-Bezirken – sich in den Einrichtungen der Deutschen Post befanden?
21. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Was ist aus den Bibliotheken des Instituts für Sozialistische Wirtschaftsführung in Kolberg bei Berlin bzw. des Instituts für Post- und Fernmeldewesen in Berlin, Buchberger Straße, geworden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

22. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Vor dem Hintergrund, daß bei dem Massaker gegen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in China vor fünf Jahren insbesondere die Studierenden in China die Leidtragenden waren – die ganze Bevölkerung ist von den bis heute andauernden staatlichen Repressalien betroffen –, frage ich die Bundesregierung, in welcher Form und Umfang fördert und unterstützt die Bundesregierung Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit China, und welche Ziele verfolgt sie mit den einzelnen Maßnahmen?
23. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Wie kann ausgeschlossen werden, daß durch diese Kontakte das undemokratische chinesische System weiter unterstützt wird, und wie will die Bundesregierung bewirken, daß in die Kontaktmaßnahmen auch diejenigen Hochschulangehörigen einbezogen werden, die für Demokratie und Menschenrechte offen einstehen?
24. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Welche neuen Aufgaben hatte das Auswärtige Amt seit 1990 zu bewältigen, und wie viele neue Auslandsdienststellen wurden seit 1990 im Bereich des Dienstes neu eröffnet?
25. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Wie wurde der Personalbestand dem neuen Bedarf unter Berücksichtigung einer notwendigen Personalreserve (vgl. den Herwardt-Kommissionsbericht) angepaßt?

26. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die von der PKK in der Türkei eingesetzten Waffen vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

27. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Sächsischen Staatsregierung und der anderen ostdeutschen Landesregierungen, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze zur Aussöhnung mit unseren Nachbarn bzw. zur Erfüllung der völkerrechtlichen Verträge mit Polen und der Tschechischen Republik über gute Nachbarschaft nur mit weiterer finanzieller Hilfe des Bundes möglich ist?
28. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Kann angesichts der deutschlandpolitischen Verantwortung des Bundes aus Artikel 35 des Einigungsvertrags zur weiteren Überwindung der Teilungsfolgen insbesondere auch in den strukturschwachen Grenzregionen an der deutschen Ostgrenze sowie mit Blick auf die besondere europäische Bedeutung einer Politik der guten Nachbarschaft nach Osten davon ausgegangen werden, daß das fachlich und politisch mit den ostdeutschen Bundesländern im Grenzbereich einvernehmlich abgestimmte Regionalförderprogramm Kultur 1995 mit dem erforderlichen Haushaltsansatz versehen wird?
29. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung der Aufforderung der Personal- und Sozialkommission des Ältestenrates nachzukommen, die ressortübergreifende Personalbörse für die Bediensteten der Bundesbehörden und -einrichtungen noch im Haushaltsjahr 1994 einzurichten (Drucksache 12/6615, S. 13), um ihrem Versprechen vom Juni 1992 nachzukommen, daß die durch den Umzug entstehenden Belastungen „durch flexible, sozial ausgewogene Maßnahmen aufgefangen bzw. ausgeglichen werden müssen“ (Drucksache 12/2850, S. 43), und schließt sich die Bundesregierung der Auffassung an, daß die Personalbehörde unverzüglich einzurichten ist, um sowohl die sozialen als die dadurch bedingten haushaltswirksamen Kosten zu minimieren und gleichzeitig die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung während des Umzugsprozesses zu gewährleisten?

30. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung zu, daß diese Personalbörse ihre Funktion erst dann erfüllen kann, wenn sie ressortübergreifend ausgerichtet ist und von einer unabhängigen Projektgruppe betrieben wird, die die Computersysteme der Bundesanstalt für Arbeit „CoArb“ und „CoBer“ nutzen könnte und daher bei der Bundesanstalt für Arbeit angegliedert sein sollte, und welche konkreten Pläne zur Einrichtung einer solchen unabhängigen Personalbörse hat die Bundesregierung?
31. Abgeordnete
**Claire
Marienfeld**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob die Bundesländer den Kommunen Kosten für ausländische Flüchtlinge erstatten, wenn ja, wie sehen diese Regelungen aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)**
(SPD)
- Wie viele dem Treuhandvermögen zugeordnete Liegenschaften (Anzahl und Fläche), in welchen Gemeinden in den neuen Bundesländern können aufgrund von vorhandenen Umweltbelastungen (z. B. durch Kontaminierung) nicht oder auf absehbare Zeit nicht verwertet werden?
33. Abgeordneter
**Dr. Nils
Diederich
(Berlin)**
(SPD)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, diese Grundstücke dennoch zu verwerten, auch insbesondere dadurch, daß die Grundstücke den Kommunen bzw. Ländern günstig überlassen werden, damit diese die Altlasten in eigener Initiative beseitigen und die Liegenschaften entsprechend ihren Entwicklungsplanungen verwerten können?
34. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß über frühere Oststaaten Agrarprodukte illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden und sich hierunter auch verseuchte Ware – als tschechische Herkunft deklariert – befindet?

35. Abgeordnete
**Uta
Titze-Stecher**
(SPD)
- Wann genau hat das Bundesministerium der Finanzen das Bayerische Staatsministerium der Finanzen erstmals zur Berichterstattung zum Steuerfall Zwick aufgefordert?
36. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Was ist aus dem im Jahre 1993 unterbreiteten Angebot von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an den Ministerpräsidenten sowie an den Präsidenten der Tschechischen Republik geworden, als Entschädigung für NS-Opfer humanitäre Hilfe in Form zukunftsorientierter Sachleistungen zu gewähren?

Bonn, den 20. Mai 1994

